

aa.
P.

p.B.51.14.21.20.Afr.Sud.- PO/1e

Den 23.12.1963

A k t e n n o t i zKriegsmaterialexporte
nach Südafrika

Bundesrat Wahlen empfängt am 19. Dezember in Anwesenheit des Generalsekretärs EPD, des Direktors der Eidg. Militärverwaltung und des Unterzeichneten - die Herren Dr. Dietrich Bührle und Direktor Peter Burckhardt (Oerlikon Bührle / Contraves).

Dr. Bührle beabsichtigt, wie er einleitend bemerkt, seine Darlegungen dem EPD und dem EMD noch schriftlich zu bestätigen. Seine Ausführungen seien deshalb nachstehend nur summarisch wiedergegeben. Er beginnt mit der Feststellung, nicht über die vom Bundesrat getroffenen Massnahmen, über die man in guten Treuen verschiedener Meinung sein könne, diskutieren zu wollen. Sein Anliegen sei vielmehr, dem EPD seine Sorgen mitzuteilen. Der Exportstop gegenüber Südafrika sei für die schweizerische Waffenindustrie, die zur Verfolgung unserer Neutralitätspolitik ein notwendiges Element bildet (und die mit dem oft kritisierten Waffenhandel nicht zu verwechseln sei), in der Tat ein neuer Schlag. Die Exportmöglichkeiten schrumpfen immer mehr zusammen. Osteuropa und der Mittlere Osten (Embargo seit 1955) kommen als Abnehmer nicht mehr in Frage; die NATO-Länder und die von den USA beeinflussten lateinamerikanischen Staaten diskriminieren die schweizerische

./.



- 2 -

Rüstungsindustrie offensichtlich; von den wenigen möglichen Kunden fällt nun auch Südafrika weg. Der schweizerische Markt genügt demgegenüber nicht, um ein normales Funktionieren der Produktion und einen stabilen Beschäftigungsstand des Rüstungszweiges zu gewährleisten. Die 35 mm Flab ist dafür ein sprechendes Beispiel. Zurzeit arbeitet Bührle vor allem am schweizerischen Auftrag. Ob nach dessen Beendigung eine schweizerische Anschlussbestellung folgen wird, ist noch ungewiss. Auch wenn sie kommt, wird es aber (18-monatige Anlaufzeit der Produktion) inzwischen zu einer verhängnisvollen Produktionslücke kommen, die man mit dem südafrikanischen Geschäft zu füllen gehofft hatte. Nicht zu vergessen sei, dass Bührle mit der Eidgenossenschaft gewisse Entwicklungsprojekte gemeinsam betreibt und mit Einsatz sehr beträchtlicher eigener Mittel gemeinsam finanziert. Diese Mittel müssen, gemäss kaufmännisch seriösen Grundsätzen, aus der Rüstungs- und nicht aus einer anderen Branche der Firma beschafft werden. Die Sistierung des Südafrikageschäfts trifft Bührle umso schwerer, als grosse Anstrengungen unternommen worden waren, um diesen Kunden zu gewinnen, und man gehofft hatte, dass auch die berechtigten Interessen der südafrikanischen Regierung nicht übersehen würden. Ein von Südafrika zugesicherter Anschlussauftrag dürfte nun ebenfalls dahinfliegen. Die Firma Bührle hatte schon ohnedies durch die seinerzeit angesichts unserer Bedenken vorgenommene Verlagerung eines Drittels des ursprünglichen Auftrags nach Italien eine Verteuerung und ein erhöhtes Risiko in Kauf genommen. Von einem allgemeinen Standpunkte aus sollte zudem nicht übersehen werden, dass Südafrika auf dem afrikanischen Kontinent ein Bollwerk gegen den Kommunismus darstellt. Als Industrieller, der in Südafrika bereits Investitionen besitzt, würde der Sprechende einer Umwälzung der inneren Ordnung dieses Landes persönlich nur mit

./.

- 3 -

Sorge entgegenblicken können.- Konkret formuliert Dr. Bührle einige Fragen, Bitten und Vorschläge, für die er an die wohlwollende Unterstützung des EPD appelliert und auf die er zu gegebener Zeit unsere Antworten gewärtigt :

1. Wie sind die Aussichten auf die Zulassung weiterer Exporte nach Südafrika ? Könnte sich beispielsweise innerhalb der nächsten 6 Monate eine Lockerung abzeichnen ?
Oerlikon hat heute zwei fertige Batterien für Südafrika auf Lager, die in der kritischen Zeit vor der Beendigung standen. Da die Spezifikationen dieser Geschütze jenen für die Eidgenossenschaft nicht entsprechen, sei für sie keine andere Verwendung möglich.
2. Angesichts der politischen Entwicklungen würden Oerlikon und Contraves nun nicht mehr darum herumkommen, einen Teil ihrer Produktion graduell ins Ausland zu verlegen. Gewisse Teile der Fabrikation sollen aber trotzdem möglichst in der Schweiz erhalten bleiben. Dr. Bührle hofft in diesem Zusammenhang auf das Verständnis der Bundesbehörden für ein entgegenkommendes Ein- und Ausfuhrregime in Bezug auf Waffenkomponenten, die zwischen den in- und ausländischen Fabriken des Unternehmens ausgetauscht werden müssten.
3. Aus dem gleichen Grunde könnte es erforderlich werden, für die Montage der vom Bund bestellten 35 mm Flab teilweise Zulieferungen aus einer ausländischen Fabrikationsstätte zu verwenden.
4. Bührle Oerlikon ist vertraglich verpflichtet, einen Teil der Hülsen für seine Munitionsfabrikation bei der Eidg. Munitionsfabrik Altdorf zu beziehen. Da wegen des Ausfalls des Südafrikageschäftes der Munitionszweig von

./.

- 4 -

Oerlikon vom Frühjahr 1964 an auf 20% der bisherigen Kapazität zurückzufallen droht, wird Dr. Bührle beantragen, die Hülsenfabrikation für den Bund in einem gewissen Umfang wieder von Altdorf nach Oerlikon zurückzunehmen.

5. Bührle hat vor einiger Zeit von der Eidg. Konstruktionswerkstätte Thun eine Anzahl nicht ganz zeichnungskonformer Flab-Rohre geliefert erhalten. Die Firma hat sie dann entgegenkommenderweise teils in die Südafrika-Lieferung eingebaut. Sie ist nun, nach Wegfall dieses Geschäfts, genötigt, die Rückerstattung des Rechnungsbetrages zu verlangen.
6. Dr. Bührle ist skeptisch, ob die heutige Konjunktur anhalten wird. Falls aus dem Ausland nicht genügend Rüstungsbestellungen eingehen, wird die Firma vielleicht eines Tages gezwungen sein, eine Verteilung des Arbeitsvorrats auf eine längere Frist vorzunehmen. Bührle möchte in diesem Sinne schon jetzt eine 30-prozentige Kürzung der Lieferungen an die KTA in Aussicht nehmen, um die so aufgesparten Bestellungen "hinten anhängen" zu können.

Dr. Bührle würde es begrüßen, wenn diese Desiderata, die einer "Abhobelung der schärfsten Ecken" dienen sollen, im Frühling weiter diskutiert werden könnten.

Bundesrat Wahlen wertet in seiner Antwort die Situation zunächst in allgemeiner Beziehung. Die Aussichten für die Waffenausfuhr sind heute in der Tat so ungünstig wie je. In absehbarer Zukunft ist kaum

./.

- 5 -

eine Aenderung zu erwarten. Die erste Frage von Dr. Bührle, wann mit einer Wiederaufnahme der Lieferungen nach Südafrika gerechnet werden könne, lässt sich daher heute schwerlich präzis beantworten. Um Malaysia entsteht zudem ein neuer Krisenherd. Auch Lateinamerika ist nicht ruhig. Afrika schliesslich hat sich zu einem beängstigenden Zentrum politischer Emotionalität entwickelt. Wir selbst beurteilen zwar die Lage in Südafrika aus besserer Kenntnis mit mehr Verständnis. Es liegt dem Bundesrat fern, die Südafrikaner belehren zu wollen. Wenn Amerika, mit 10% Farbigen, seine Rassenfrage noch nicht lösen konnte, wieviel schwerer muss dies dann für Südafrika mit seinen bedeutend grösseren Problemen sein ! Diese Probleme sind mit Demagogie und übertriebenen Eingriffen von aussen her nicht zu regeln. Dennoch muss der Bundesrat vor allem die Interessen des eigenen Landes wahren. Es ist ihm unmöglich, aus vorsorglichen weltpolitischen Motiven (Anspielung Dr. Bührle's auf die kommunistische Gefahr in Afrika) eine Politik zu befolgen, die über jene von Ländern, welche eine direktere Verantwortung gegen den Kommunismus übernommen haben, hinausgeht. Die USA haben sich nach der neuesten UNO-Resolution sogar zur Einstellung der Lieferung von Werkzeugmaschinen für die Waffenfabrikation bereit erklärt. - Hinsichtlich Südafrikas wäre von der Publizitätsabteilung der Firma Bührle bei der Orientierung der Presse etwas mehr Verständnis zu erwarten gewesen. Bei der gespannten Lage genügte ein Funken, um das Kesseltreiben auszulösen. Man kann die Protestmanifestationen der jungen afrikanischen Staaten gegen die schweizerischen Waffenlieferungen beurteilen, wie man will; es war für den Bundesrat höchst unangenehm, sich damit auseinandersetzen zu müssen. Die südafrikanische Regierung selbst scheint die Situation, in die wir ungewollt geraten sind, zu verstehen. - Hinsichtlich des Schicksals der zwei fertiggestellten, noch nicht abgelieferten Batterien wollen wir zu gegebener Zeit prüfen, was sich tun lässt; momentan

- 6 -

dürfte dies verfrüht sein. - Was die anderen Fragen anbelangt, so werden sie vornehmlich vom Militärdepartement geklärt und beantwortet werden müssen. Eine Teilverlagerung der Waffenherstellung nach dem Ausland dürfte wohl nur dann vom Standpunkt des Unternehmens sinnvoll erscheinen, wenn die Fabrikation für die Bedürfnisse des betreffenden Landes lohnend genug wäre. Denn auch aus den ausländischen Staaten würde sich die Ausfuhr kaum leichter gestalten als aus der Schweiz; wir sind nicht strenger als die UNO-Mitglieder.

Dr. Bührle gibt offen zu, dass die Handhabung der "public relations" seiner Firma nicht gerade klug war. Es handelt sich um den typischen Fall eines Lapsus auf unterer Ebene, den die Firma bedauert. Indessen hätte sich eine Produktion vom Umfange der vorliegenden für Südafrika auf die Dauer doch nicht geheim halten lassen. - Zu den Bemerkungen des Departementschefs hinsichtlich der Verlagerung nach dem Ausland sei zu sagen, dass sich die Exportlage in anderen Staaten, deren Vorschriften nicht nur etwas larger gefasst seien, sondern vor allem auch laxer gehandhabt würden, teils doch etwas einfacher präsentiere. Man wolle auch den "good will" in der Schweiz nicht zu stark strapazieren und sehe ein, dass der Bundesrat oft nicht umhin könne, eine restriktivere Haltung einzunehmen als andere Regierungen.

Direktor Burckhardt ergänzt diese Ausführungen mit dem Hinweis, dass man mit den ausländischen Betriebsstätten nicht nur Lieferungen nach Südafrika, sondern auch nach Israel, dem Mittleren und dem Fernen Osten, die von der Schweiz aus ebenfalls behindert oder erschwert seien, anvisiere. Auch NATO- und EWG-Länder wären von einem

./.

- 7 -

anderen Staate aus möglicherweise leichter erfassbar.

Bundesrat Wahlen schliesst die Diskussion mit dem Ausdruck der Hoffnung, der Zeitpunkt möge kommen, an dem die afrikanischen Staaten die Grösse ihrer eigenen Probleme erkennen und an deren Regelung herantreten. Dies könnte vielleicht eine Entschärfung der Südafrika-Frage bewirken. Aehnlich wie die arabische Einheit einzig auf der Feindschaft gegenüber Israel beruht, sei der Antagonismus gegenüber Südafrika heute leider eines der wenigen Gebiete, auf dem die Afrikaner harmonieren.

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT
Politische Angelegenheiten
I.A.

